

Die Einführung der Telegrafie in Asfeld 1868

Von Dr. Herbert Jäkel, Asfeld (1967)

Als vor 100 Jahren José Monier die Herstellung von Eisenbeton gelang, Alfred Nobel das Dynamit erfand, Nikolaus August Otto seine Verbrennungsmaschine entwickelte, Christopher Latham Sholes die Schreibmaschine konstruierte und Werner von Siemens eine selbsterregende Dynamomaschine baute, lag Asfeld als kleine, unscheinbare und etwas rückständige Stadt abseits der sich unter dem Einfluss von Naturwissenschaften und Technik wandelnden Welt. Die Einwohnerzahl war seit vier Jahrzehnten rückläufig. Die Bauwerke zerfielen. Verkehr und Industrie mieden die Stadt. Um so mehr bemühten sich Verwaltung, Bürgerschaft und vor allem Personen und Institutionen des Handels und Gewerbes um eine Änderung dieses Zustandes, mit anderen Worten, um den „Anschluss an die große Welt“ auch auf dem Gebiete des Eisenbahn- und Telegrafewesens [01].

Längst fuhren die Eisenbahnen. 1860 gab es in der Welt bereits ein Eisenbahnnetz von 108.000 km, davon 11.633 km in Deutschland. Längst hatte sich die elektrische Nachrichtentechnik von Stufe zu Stufe weiterentwickelt. 1837 erfand Samuel Morse seinen Schreibtelegraphen. 1847 entwickelten Werner von Siemens und Johann Georg Halske das Telegrafenkabel.

Es war ein glücklicher Umstand, dass zu der großen Zeit des Eisenbahnbaus die Telegrafie funktionieren konnte. Es ist daher kein Zufall, dass die Telegrafienlinien beim Bau der Eisenbahnen entlang den Schienen angelegt wurden, so dass schon 1850 ein brauchbares, wenn auch weitmaschiges Telegrafennetz den europäischen Kontinent umspannte. 1860 konnten bereits insgesamt 8,9 Millionen Telegramme in die Welt abgeschickt werden.

Eisenbahnlinien und Telegrafienleitungen hatten somit schon vor 100 Jahren ein bedeutendes Netz moderner und schneller Kommunikationsmittel geschaffen. Doch Asfeld besaß damals noch immer weder einen Eisenbahn- noch einen Telegrafienanschluss. Die für Asfeld nächstgelegene Station war Neustadt an der Main-Weserbahn, deren durchgehende Verbindung zwischen Frankfurt und Kassel 1852 eröffnet wurde. Wollte jemand eine telegrafische Nachricht durchgeben, so musste er mit der Postkutsche nach Neustadt fahren und dort auch warten, bis er Antwort erhielt.

Anträge und Gesuche 1864 und 1865

Die Gemeinderäte von Lauterbach und Asfeld haben sich in den Jahren 1864 und 1865 schon frühzeitig und gemeinsam um die Herstellung einer Telegrafienverbindung bemüht. Ihre Eingabe vom 5. Juli 1864 an das Großherzoglich Hessische Ministerium des Innern beginnt mit folgenden Worten:

„Das Bedürfnis einer rascheren, nur mittels Anschlusses an das große Telegraphennetz zu erreichende Verbindung hat sich in neuerer Zeit wieder mehrfach, und zwar sowohl für den Handelsverkehr als auch für Familienereignisse und den öffentlichen Dienst, namentlich bei ziemlichen Entfernungen [...] in einer so dringenden Weise geltend gemacht, dass wir uns aufgefordert fühlen, unsere drossfallsige unterthänigste Bitte in hochgeeignete Erinnerung zu bringen und im Interesse des vorzugsweise dabei beteiligten Handelsstandes zur Willfähring angelegentlichst zu empfehlen.“

Man untermauerte sodann Gründe und Notwendigkeit. Die Kosten der Herstellung einer Telegrafeneinrichtung nach der nächstgelegenen Station der Main-Weserbahn würden natürlich in keinem Verhältnis zu den Vorteilen stehen, die daraus erwachsen. Nach den Erfahrungen der Hessischen Ludwigsbahn (Mainz-Darmstadt-Aschaffenburg), bei der das Anlagekapital für den Bau der Telegrafeneinrichtung kaum 1.000 Gulden pro Meile betragen hätten, würde die Telegrafeneinrichtung von Neustadt bis Lauterbach etwa 5.000 und bis Schlitz etwa 7.000 Gulden kosten. Es sei selbstverständlich nicht zu bezweifeln, dass sich das Anlagekapital rentieren würde, wie sich das bereits bei „Städten von weit geringerer Bevölkerung und kommerzieller Bedeutung“ gezeigt habe.

Um Nachteile abzuwenden, beabsichtigte man sogar, die Telegrafeneinrichtung auf Kosten der interessierten Privaten und unter Beteiligung der Städte Alsfeld, Lauterbach und Schlitz „ins Leben zu rufen“. Ohne Schwierigkeit würde sich das Anlagekapital aufbringen lassen, wenn die vielen Handelsleute und Industriellen, die „die Zinsen einiger hundert Gulden gerne entbehren würden“, die Möglichkeit erhielten, Geschäfte mittels Telegrafeneinrichtung abzuschließen.

Bescheiden, wie man damals war, fragte man höflichst bei dem Großh. Ministerium an, „ob die Erfüllung der allseitigen Wünsche bezüglich baldiger Herstellung einer Telegrapheneinrichtung etwa zu erhoffen wäre, wenn das Anlagekapital in der angedeuteten Weise aufgebracht würde und ob in diesem Fall von unserer Seite die hierzu nötigen Schritte geschehen dürfen, ohne gegen die Intentionen dieser höchsten Staatsbehörde zu verstoßen“.

Die Akten sagen nichts über die Antwort – sie dürfte keineswegs positiv gewesen sein; denn der Vorstand des Handelsvereins Lauterbach, wo man doch ein bisschen aktiver die Sache verfolgte, richtete am 31. Oktober 1865 ein neues Gesuch zur Herstellung einer Telegrafeneinrichtung, aber diesmal an das Großh. Ministerium der Finanzen, worüber eine Abschrift im Alsfelder Archiv liegt.

„Die zu wiederholten Malen durch den hiesigen Stadtvorstand vorgetragene Wünsche des hiesigen Handels- und Gewerbestandes bezüglich einer, an das große deutsche Telegraphennetz sich anschließenden und die Städte Alsfeld, Lauterbach und Schlitz mit demselben in Verbindung setzenden Telegrapheneinrichtung sind zum allseitigen Bedauern und zum empfindlichsten Nachteil der dabei hauptsächlich beteiligten Privaten bis jetzt nicht in Erfüllung gegangen, und der Landtagsabschied vom 10. Mai l. J. eröffnet in § 52 auch nicht einmal Aussicht auf ihre baldige Verwirklichung.“

Ohne jene Schwierigkeiten zu verkennen, glaubte man in Lauterbach diese doch nicht für unüberwindlich zu halten, da in anderen Staaten schon längst Telegrafenanstalten in Städten bestehen sollten, die in Bezug auf industrielle und kommerzielle Bedeutung den Städten Alsfeld, Lauterbach und Schlitz nicht gleichkommen würden. Die kurhessische Ständeversammlung hätte ja auch die nötigen Geldmittel zur Herstellung eines kurhessischen Telegrafennetzes bewilligt.

Die Notwendigkeit eines telegrafischen Korrespondenzverkehrs ergäbe sich allein aus den häufig eintretenden Schwankungen in Preisen der Baumwolle und des Leinen-Maschinengarnes. Diese und andere wichtigen Ereignisse zwangen die betreffenden Privaten, „kostspielige, ihren sonstigen Geschäftsbetrieb auf das Empfindlichste störende Reisen nach der nächsten Telegraphenstation zu unternehmen und sich dort bis zum Eintreffen der Antwort zu verweilen, dabei aber zu riskieren, dass der Zweck durch den entstandenen Zeitverlust bereits verfehlt ist. Mit Sicherheit lässt sich daher voraussagen, dass die Fabrikanten und Industriellen der obgedachten 3 Städte der Konkurrenz anderer, zu ähnlichen Opfern nicht

genötigten Städte unterliegen würden, wenn sie noch länger eines Verkehrsmittels entbehren sollen, das bei der jetzigen Entwicklung des Handels und der Gewerbe geradezu als unentbehrlich bezeichnet werden darf“. Und dass man gar bis zum Bau einer etwa geplanten Eisenbahn, die ja ebenfalls eine Telegrafenlinie erhalten würde, warten sollte, lehnte man in Lauterbach ab, da nicht zu übersehen war, wann eine solche gebaut würde. So bat man dringend um baldige Abhilfe und um Bewilligung der nötigen Mittel.

Resolution an den Großh. Hessischen Landtag

Die Alsfelder richteten neben einem Gesuch mit Kostenvoranschlag an das Finanzministerium auch eine Resolution an den Landtag. Man wies darauf hin, dass das Telegrafennetz von Tag zu Tag größer werde und sogar das fernste Ausland erreiche. Im Dezember 1863 sei sogar in Irkutsk in Sibirien eine Telegrafestation eröffnet worden; eine Mitteilung aus Petersburg könne statt wie bisher in 23 Tagen nunmehr in 8 Stunden dorthin befördert werden. In Bayern und Württemberg gäbe es kaum eine Stadt von einiger Bedeutung ohne dieses Kommunikationsmittel, ja selbst in der Schweiz, in Graubünden, im Engadin, im Münstertal und am Rigi seien die entlegensten Täler mit ihrer Kantonshauptstadt durch Telegrafien verbunden. Dagegen sei die gesamte Provinz Oberhessen auf den dicht an ihrer westlichen Grenze herziehenden Königlich Preußischen Telegrafien zwischen Kassel und Frankfurt am Main und auf den Bahntelegrafien der Main-Weserbahn angewiesen. „Der Mangel einer Telegraphenverbindung wird schon seit Jahren sowohl von Privaten bei vorkommenden plötzlichen Erkrankungen, Todesfällen und sonstigen wichtigen Familienereignissen, als auch von den Behörden der öffentlichen Verwaltung und von den Gerichten, namentlich bei der Verfolgung von Verbrechen und anderen Ereignissen, wobei Gefahr auf dem Verzug steht, schmerzlich empfunden und beklagt.

Besonders ersehnte der Handels- und Gewerbestand eine beschleunigte Verbindung mit dem In- und Ausland, bei dem Verkehr mit den Geschäftsfreunden, namentlich bei Bestellungen und Vertragsabschlüssen, die zuweilen von Stunden abhängen. Nach eingezogenen Erkundigungen sei „den gerechten Wünschen“ der etwa 62.000 Bewohner umfassenden gewerbetätigen Kreise Alsfeld und Lauterbach mit wenigen „tausend Gulden abzuhelfen“.

„Je bescheidener hiernach die Bitten der hauptsächlich beteiligten Städte und ihres Handelsstandes erscheinen, um so gerechtfertigter ist ihre Erwartung, dass die Erfüllung jener Bitten nicht länger verzögert“ wird. Es würden die geringfügigen Herstellungskosten in keinem Verhältnis zu dem „zuweilen bei einem einzelnen verfehlten Geschäft in die Tausende sich belaufenden Nachteil“ stehen. Die Ständeversammlung möge sich für die „ungesäumte“ Herstellung einer Telegrafienverbindung zwischen der Main-Weserbahn und den Städten Alsfeld, Lauterbach und Schlitz aussprechen und der Staatsregierung die Summe von höchstens 10.000 Gulden zur Verfügung stellen.

Die Antworten und Stellungnahmen zu den Anträgen sind in den Akten nicht zu finden gewesen. Dafür gab es im Jahre 1866 wichtige Veränderungen.

Neuer Versuch nach veränderten Verhältnissen

Die Veränderung zeigt sich bereits in dem nächsten Schreiben, das in den Akten liegt und die Errichtung eines Telegrafien betrifft. Das Alsfelder Eisenbahn-Komitee wandte sich an den Königlich Preußischen Staatsminister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, von dem der Beigeordnete Hyppolite einen Brief erhalten hatte. Rund um die Provinz Oberhessen gab es seit den politischen Veränderungen des Jahres 1866 preußische Gebiete.-Nach den neuen

Verträgen wählte Oberhessen Mitglieder zum Reichstag des Norddeutschen Bundes. Am 1. Juli 1867 wurde die Thurn- und Taxische Post von dem preußischen Staat übernommen. Preußen zeigte besonderes Interesse auch für Oberhessen.

So war in Preußen beschlossen worden, eine Telegrafienlinie von Fulda bis Lauterbach zu bauen. Das erfuhren die Alsfelder durch o.g. Brief, und sie wandten sich sogleich am 10. September 1867 an den Preußischen Minister:

„So sehr wir diesen Akt ehren, so muß es uns zugleich auch schmerzlich berühren, dass, nachdem wir seit vielen Jahren in Gemeinschaft mit der Stadt Lauterbach um den Bau einer Eisenbahn und eventuell um Errichtung einer Telegraphenverbindung bei Großh. Hessischer Staatsregierung petitioniert haben, wir nun erfahren müssen, dass Alsfeld auch unter den veränderten staatlichen Verhältnissen das so lange ersehnte für seinen Handels- und Gewerbestand höchst nötige Verkehrsmittel vorerst noch entbehren soll, während die in den Hauptfabrikaten mit uns konkurrierende Nachbarstadt Lauterbach dasselbe demnächst besitzen wird.“

Das beklagten vor allem die Industriellen Alsfelds, die an Zahl und Bedeutung denjenigen Lauterbachs durchaus nicht nachstanden, weil ihnen nicht die gleichen Mittel zur Verfügung stehen und sie mit der Lauterbacher Konkurrenz nicht Schritt halten könnten. Gerade wegen der Begünstigung Lauterbachs wäre die Notwendigkeit einer Telegrafienverbindung nach Alsfeld noch dringlicher. Man war bereit, das benötigte Anlagekapital für eine Verbindung Lauterbach-Alsfeld oder Neustadt-Alsfeld aufzubringen. Auch wenn Alsfeld als Fabrikstadt im Hinblick auf die Rentabilität einer Telegrafienanlage das gleiche Resultat wie Lauterbach liefere, so müsste Alsfeld mindestens als Etappenplatz berücksichtigt werden. So lautete die Bitte: „Ew. Exzellenz wollen in richtiger Würdigung der hier in Betracht kommenden Interessen auch die gewerbereiche Stadt Alsfeld in die Telegraphenlinie jetzt schon aufzunehmen hochgeneigteste EntschlieÙung fassen.“

Inzwischen wurde das vom 3. oberhessischen Wahlkreis gewählte Mitglied des Reichstages, Graf Otto zu Solms-Laubach, der schon die Zusage des Ministers erhalten hatte, von Bürgermeister Ramspeck angeschrieben, sich dafür einzusetzen, dass die Telegrafienlinie von Lauterbach über Alsfeld bis zur Main-Weserbahn fortgeführt werden sollte.

Aus Berlin kam am 7. Oktober 1867 die Antwort, dass der Anschluss in diesem Jahr nicht mehr möglich sei, aber dass man in Betracht gezogen habe, die von Fulda über Schlitz nach Lauterbach auszuführende Telegrafienlinie im nächsten Frühjahr bis Alsfeld fortzuführen.

Schon am 8. Oktober meldete sich das Kreisamt Alsfeld beim Bürgermeister, dass die Königlich Preußische Telegrafien-Direktion zu Berlin beauftragt worden sei, eine Telegrafienlinie von Fulda nach Alsfeld zu bauen und dass damit die Königlich Preußische Telegrafien-Inspektion Frankfurt beauftragt worden sei.

Die Telegrafienleitung wird gebaut

Die Vorbereitungen liefen. Anfang Februar 1868 meldete sich die Firma W.O. Waldthausen Wilh. Sohn, dass sie im Auftrag der Telegrafien-Direktion des Norddeutschen Bundes aus der Imprägnierungs-Anstalt in Gustavsburg bei Mainz insgesamt 68 Telegrafienstangen zum Versand nach Neustadt aufgabe, wo sie Ende März abgeholt wurden. Am 22. April teilte die Telegrafien-Direktion Frankfurt mit, dass der Bau der Telegrafienlinie Lauterbach-Alsfeld Mitte Mai durchgeführt werde und dass ein Fuhrunternehmen die Stangen, etwa 60-70 Zentner

Telegrafendraht, in Kisten verpackte Isolatoren usw. nach Alsfeld und Brauerschwend bringen müsse. Nach der Randnotiz übernahm Adam Schopbach den Transport.

Bürgermeister Ramspeck konnte am 16. Juni 1868 der Bundes-Telegrafendirektion Frankfurt mitteilen, dass der Kirchenrechner Jakob Berck sich erboten habe, das Lokal zur Aufstellung des Apparats in seiner Behausung zu stellen und die Verwaltung zu übernehmen. Der Platz sei gut geeignet, da die letzte Stange an der Chaussee von Lauterbach nach Alsfeld vor der Stadt „in einer quer Richtung das Stationslokal verbindet“. Wegen der Verwaltung und Bezahlung wollte man Näheres wissen.

Wie aus einer Bekanntmachung der Bundes-Telegrafendirektion Frankfurt im Allgemeinen Intelligenzblatt zu ersehen ist, wurde die Telegrafendirektion Alsfeld am 15. Oktober 1868 mit einem beschränkten Tagesdienst eröffnet.

Alsfeld erreichte damit seinen langersehnten und mühselig erkämpften Anschluss an ein modernes Nachrichtenmittel. Dass gleichzeitig auch die Entscheidung für den Bau der Eisenbahnlinie Gießen-Alsfeld-Fulda gefallen war, sei nur am Rande vermerkt. Damit begann eine neue Phase in der Geschichte der Stadt Alsfeld.

Anmerkung:

[01] Akten des Stadtarchives Alsfeld, Abt. XXV, 2

Erstveröffentlichung:

Dr. Herbert Jäkel, Die Einführung der Telegrafie in Alsfeld 1868, in: Mitteilungen des Geschichts- und Altertumsvereins der Stadt Alsfeld, 11. Reihe, Nr. 4, 1967, S. 64-67.

*Die Veröffentlichung der Texte des Autors im Rahmen des Internetprojekts
www.Geschichtsforum-Alsfeld.de wurde von ihm bzw. seinen Rechtsnachfolgern genehmigt.*

[Stand: 04.06.2024]